

Bauchefin erhält für Windkraft im Kanton starken Rückenwind

Bei der Planung von Windkraftanlagen soll der Kanton im Lead sein – finden alle ausser der SVP. Die Standortgemeinden müssen aber involviert werden. Und eine nationale Initiative könnte alles wieder ändern.

von Pascal Büsser

An Metaphern fehlte es nicht bei der Debatte zur Windkraft am Mittwoch im Kantonsrat. Die Mitte-EVP-Fraktion mache den Weg frei für den Windexpress. «Blasen wir zum <Halali> für die Windenergie», rief Sprecher Sepp Sennhauser in den Saal. Und erntete Lacher.

Nicht zum Lachen zumute war es den Männern und Frauen der SVP. Bruno Dudli hatte Bob Dylans Protestsong «Blowin' in the wind» im Ohr. «Werden die Rechte der Bürger wegen Windrädern nun auch vom Winde verweht?», fragte er rhetorisch. «Noch bestimmen in der Schweiz die Stimmberechtigten der Standortgemeinden direkt über Zonenplanänderungen», fügte er an. «Doch die St.Galler Regierung möchte die Gemeinden durch eine Anpassung des Richtplans, insbesondere durch kantonale Sondernutzungspläne entmachten», mahnte er.

FDP betont Planungssicherheit

Mit der dritten Motion zum Thema Windkraft forderte die SVP, dass für Windräder kommunale Sondernutzungspläne massgeblich sind. Und so Referenden in den Standortgemeinden möglich werden. Die Regierung sprach sich dagegen für eine kantonale Planung aus – zumindest für Anlagen mit einer erwarteten Produktion von wenigstens 20 Gigawattstunden im Jahr. Diese seien im Sinn des eidgenössischen Energiegesetzes von nationalem Interesse. Und rechtfertigten eine kantonale Planung.

«Der Kanton sorgt für eine zuverlässige Infrastruktur von kantonaler Bedeutung», erklärte Bauchefin Susanne Hartmann (Mitte). Zum Bau und Unterhalt der Kantonsstrassen, der Deponieplanung sowie der Konzessionserteilung für Wasserkraftwerke käme neu auch die Nutzung der Windkraft dazu. «Sie wird einen wichtigen Beitrag zur Stromversorgungssicherheit für uns alle leisten», sagte sie.

Abgesehen von der SVP unterstützten sämtliche Parteien das Vorgehen der Regierung unisono. «Der kantonale Sondernutzungsplan schafft klare Rahmenbedingungen und verbindliche Vorgaben für den ganzen Kanton», sagte FDP-Sprecher Thomas Toldo. Das gebe Investoren, Gemeinden und Bürgern Planungssicherheit. «Ohne übergeordnete Planung besteht die



Zufrieden: Die kantonale Bauchefin Susanne Hartmann spürt viel Support für die Windkraft.



Bilder Archiv und Benjamin Manser

Gefahr eines Wildwuchs, und Konflikte zwischen verschiedenen Gemeinden sind vorprogrammiert.»

Die Gemeinden würden in Mitwirkungsverfahren frühzeitig einbezogen. «Wir teilen die Auffassung der Regierung, dass die Wahl der 17 Eignungsgebiete das Resultat einer sorgfältigen und umfassenden Abwägung der Schutz- und Nutzungsinteressen darstellt», lobte Toldo.

«Sehr bemerkenswert ist auch die grosse Zustimmung der Gemeinden in der Vernehmlassung zum Richtplan», sagte Mitte-EVP-Sprecher Sennhauser. Nur eine Gemeinde habe sich gegen kantonale Sondernutzungspläne

geäussert, ergänzte er, ohne den Namen Schänis in den Mund zu nehmen. «Unserer Meinung nach ist das ein deutliches Zeichen, dass Windenergie auch in den Regionen grösstenteils unterstützt wird.»

SVP wolle «maximal» ausbremsen

Zudem habe der Kanton bei der Revision des Planungs- und Baugesetzes im Jahr 2016 die Möglichkeit von kantonalen Sondernutzungsplänen explizit für Energieanlagen geschaffen. Mit 107 zu 3 stimmen habe der Kantonsrat dem zugestimmt. «Darum erstaunt dieser plötzliche Sinneswandel der SVP doch sehr, denn die Fakten

sind immer noch die gleichen», sagte Sennhauser.

SP-Sprecher Josef Gähwiler warf der SVP vor, schweizweit die kantonalen Parlamente mit «Anti-Windkraftwanderemotionen» zu bombardieren. Sie ziele darauf ab, die vom nationalen Parlament mit dem Mantelerlass aufgegleiste Beschleunigung der Verfahren für Windenergie «maximal» auszubremsen. Auch Grüne und GLP stellten sich klar hinter die Regierung. «Wir sind in der Pflicht, einen Teil an die Stromversorgungssicherheit, insbesondere im Winter, beizutragen», fand GLP-Sprecher Andrin Monstein.

«Ich danke, wenn sie der Windenergie Rückenwind geben», sagte Bauchefin Hartmann vor der Abstimmung. Im Wissen, dass diese in ihrem Sinne ausgehen würde. Auch SVP-Exponent Christof Hartmann war das klar. Er verwies deshalb darauf, dass seit zwei Wochen Unterschriften gesammelt würden für die nationale Gemeindefürsorgeinitiative. Diese verlange kommunale Abstimmungen beim Bau von Windrädern. «Ich bin zuversichtlich, dass diese Initiative zustande kommt», sagte der SVP-Regierungsratskandidat.

«Wir machen den Weg frei. Blasen wir zum <Halali> für die Windenergie.»

Sepp Sennhauser
Sprecher Mitte-EVP-Fraktion

«Werden die Rechte von Bürgern wegen Windrädern nun auch vom Winde verweht?»

Bruno Dudli
Sprecher SVP-Fraktion

Kommentar

Noch ist Schänis nicht verloren

Pascal Büsser

über den Grund, warum doch die lokale Bevölkerung das letzte Wort zu Windrädern in Schänis haben dürfte

Zum dritten Mal hat die SVP versucht, die Hürden für Windräder im Kanton zu erhöhen. Und zum dritten Mal ist sie gescheitert. Nach 1000 Metern Minimalabstand und Bauverbot im Wald hat der Kantonsrat es auch abgelehnt, dass Sondernutzungspläne für Windräder auf Gemeindeebene ausgearbeitet werden müssen. Und so kommunale Referenden möglich werden.

Als einzige Kommune im Kanton hat sich in der Vernehmlassung letztes Jahr die potenzielle Standortgemeinde Schänis für eine lokale Planung ausgesprochen – dafür umso vehementer. Da der Zubau von erneuerbaren Energien von nationalem Interesse sei und entsprechende grössere Windkraftprojekte nicht nur einzelne Gemeinden betreffen würden, rechtfertigte sich eine kantonale Planung, argumentierte die Regierung

dagegen. Und überzeugte damit alle ausser die SVP.

Mit dem Vorgehen werden die Gepflogenheiten der schweizerischen direkten Demokratie ausgehebelt. Undemokratisch ist es aber nicht. Es beruht auf dem demokratisch beschlossenen St.Galler Planungs- und Baugesetz. Und ist jetzt vom demokratisch gewählten Kantonsparlament nochmals abgesegnet worden.

Und ausgeschaltet ist die Schänner Bevölkerung damit noch nicht – selbst wenn die jüngst lancierte nationale Gemeindefürsorge-Initiative scheitert. Denn ein allfälliges Windkraftprojekt muss nicht nur alle planerischen, finanziellen und rechtlichen Hürden nehmen – was alles andere als ein Selbstläufer ist. Ein Betreiber künftiger Windkraftanlagen braucht vor allem auch den Boden, um Windräder realisieren zu können.

Und ein beträchtlicher Teil der potenziell geeigneten Zone in Schänis gehört der Ortsgemeinde und der Politischen Gemeinde. Gerade auch jene Parzellen, die am nächsten beim Dorf liegen. Ohne Zustimmung der lokalen Behörden und deren Stimmbürgerschaft dürfte kaum ein Projekt von nationaler Bedeutung möglich sein. Denn ein solches bedingt wohl mindestens vier Windräder.

Noch ist Schänis also nicht verloren. Die lokale Bevölkerung dürfte trotz kantonaler Planung das letzte Wort haben, wenn es dereinst zu einem konkreten grösseren Windkraftprojekt entlang der Linth kommen sollte. Und wenn alle Fakten auf dem Tisch liegen.

@ Pascal Büsser, Dienstchef
pascal.buesser@linthzeitung.ch

Polizei erhält zusätzliche Befugnisse

Der Kantonsrat gibt der Polizei neue Mittel, um Straftaten zu verhindern.

«Die Polizei soll früh handeln können, Straftaten verhindern und so Opfer schützen», erklärte die Benkner Gemeindepräsidentin Heidi Romer im Namen der Mitte-EVP, worüber es am Mittwochmorgen im Kantonsrat ging. Das Polizeigesetz drehte da schon die zweite Runde. Letzten Juni wurde es schon einmal zurück an die Regierung geschickt.

Für den zweiten Anlauf verzichtete die Regierung auf diejenigen Neuerungen, die am meisten Kritik ausgelöst hatten. Für die vorausschauende Polizeiarbeit (Predictive Policing) sei die Zeit noch nicht reif, schrieb die Regierung zur neuen Vorlage.

Nun hat das Parlament in erster Lesung einen grossen Teil des überarbeiteten Polizeigesetzes gutgeheissen. Damit erhofft sich die Politik einen besseren Datenaustausch unter Kantonspolizeien. «Es kann doch nicht sein, dass die Kantonspolizei St.Gallen leichter an Informationen zu einem Straftäter kommt, wenn dieser seine Straftat im Vorarlberg beging statt in Appenzell Innerrhoden», machte der Toggenburger Jurist Ruben Schuler von der FDP ein Beispiel.

Für Diskussion sorgte ein Antrag der Mitte-EVP-Fraktion. Dabei ging es um Informationen, die eigentlich unter dem Berufsgeheimnis stehen. Zum Beispiel: ein möglicher Täter, der gegenüber einem Psychiater Andeutungen zu einer Straftat macht. Die Mehrheit des Kantonsrates wollte, dass nur so viele Informationen wie nötig an die Kantonspolizei weitergegeben werden.

Regierung muss nachbessern

Wie schon letzten Juni muss die Regierung für einen Teil der Änderungen über die Bücher. Beide waren von der Regierung neu in die Vorlage aufgenommen worden. Dabei sollen die Kosten für Polizeieinsätze bei unbewilligten Kundgebungen an die Veranstalter überbunden werden. Auch soll die Kantonspolizei mehr Kompetenzen bei der Fahrzeugfahndung erhalten.

Damit wird sich nach den Wahlen jenes Regierungsmitglied befassen, das nach dem Ausscheiden von Fredy Fässler neu das Sicherheits- und Justizdepartement übernimmt. (uyf/sda)

Bürgerliche gehen gegen Status S vor

Die Gutheissung dürfte reine Formsache sein: Die SVP, Mitte-EVP-Fraktion und FDP haben am Mittwoch eine Ständesinitiative eingereicht, die zum Ziel hat, den Schutzstatus S aufzuheben. Dieser erleichtert Geflüchteten aus der Ukraine das Ankommen in der Schweiz.

Das Ständesbegehren ist die Reaktion auf eine Stellungnahme der Regierung. Gemäss dieser belasten in zunehmendem Masse Grossfamilien, die offenbar der ethnischen Minderheit der Roma zugehören, das Asylverfahren.

«Dieser Missbrauchsverdacht widerspricht dem ursprünglichen Gedanken des Schutzstatus S und schadet insbesondere den Schutzsuchenden aus der Ukraine», schreiben dazu die bürgerlichen Parteien. Sie verlangen nun, dass der Schutzstatus S rasch aufgehoben und mit einem beschleunigten Verfahren ersetzt wird. (uyf)

